

## **ANFRAGE**

des Abgeordneten Manuel Litzke, BSc  
an die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung  
betreffend **Alarmierende Ergebnisse der Studenten-Sozialerhebung 2025 und Versäumnisse des Bundesministeriums**

Die aktuelle Studenten-Sozialerhebung 2025<sup>1</sup> des Instituts für Höhere Studien zeichnet ein besorgniserregendes Bild der Lebensrealität von Studenten in Österreich. Trotz jahrelanger bildungspolitischer Ankündigungen verschärfen sich zentrale Problemlagen weiter: explodierende Wohnkosten, zunehmender Arbeitsdruck neben dem Studium sowie eine steigende psychische Belastung.

Besonders alarmierend ist, dass mittlerweile rund 68 Prozent der Studenten neben dem Studium arbeiten müssen, wobei dies für die Mehrheit keine freiwillige Entscheidung, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit darstellt. Gleichzeitig fließen durchschnittlich 38 Prozent des Budgets in Wohnkosten – ein Wert, der nahe an der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Dass Wohnheime mittlerweile sogar teurer sind als Wohngemeinschaften, verdeutlicht zusätzlich das Versagen bisheriger wohnpolitischer Maßnahmen im Hochschulbereich.

Hinzu kommt, dass ein erheblicher Teil der Studenten unter eingeschränktem Wohlbefinden leidet und finanzielle Sorgen den Studienerfolg zunehmend gefährden. Anstatt jedoch strukturelle Reformen umzusetzen, beschränkt sich das Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung offenbar auf punktuelle Ankündigungen wie ein „Fünf-Euro-Mensa-Menü“ oder die vage in Aussicht gestellte Wiedereinführung der Wohnheimförderung.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern das Ressort seiner Verantwortung gegenüber den Studenten tatsächlich gerecht wird.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung nachstehende

### **Anfrage**

1. Warum hat das Ressort trotz wiederholter Warnungen in früheren Erhebungen keine wirksamen Maßnahmen gegen die steigende finanzielle Belastung von Studenten gesetzt?
  - a. Welche konkreten Maßnahmen wurden seit 2020 umgesetzt?
  - b. Warum haben diese offensichtlich nicht die gewünschte Wirkung erzielt?
2. Wie bewertet das Ressort den Umstand, dass 68 Prozent der Studenten neben dem Studium arbeiten müssen?

<sup>1</sup> <https://www.sozialerhebung.at/index.php/de/allgemein> (aufgerufen am 22.04.2026)

<sup>2</sup> <https://www.diepresse.com/20768751/oesterreichs-studierende-sind-alt-und-wohnen-in-eigenem-haushalt>  
<https://kurier.at/politik/inland/studium-studenten-lebenserhalt-sozialerhebung-2026/403150468>  
(aufgerufen am 22.04.2026)

- a. Sieht das Ressort darin ein strukturelles Versagen der Studienfinanzierung?
  - b. Welche konkreten Zielwerte werden angestrebt?
3. Warum wurde die Entwicklung der Wohnkosten für Studenten über Jahre hinweg nicht ausreichend abgedeckt?
  - a. Welche wohnpolitischen Maßnahmen wurden speziell für Studenten gesetzt?
4. Wie erklärt das Ressort, dass Wohnheime mittlerweile teurer sind als Wohngemeinschaften?
  - a. Welche Rolle spielen dabei Förderpolitik und regulatorische Rahmenbedingungen?
  - b. Wurden Fehlentwicklungen zu spät erkannt?
5. Wann konkret wird die angekündigte Wiedereinführung der Wohnheimförderung umgesetzt?
  - a. Wie hoch wird die Dotierung ausfallen?
  - b. Wie wird sichergestellt, dass diese Maßnahme tatsächlich zu sinkenden Kosten führt?
6. Wie bewertet das Ressort die Tatsache, dass Studenten im Schnitt 38 Prozent ihres Budgets für Wohnen aufwenden müssen?
  - a. Sieht das Ressort hierin eine Armutsgefährdung?
  - b. Welche konkreten Gegenmaßnahmen sind geplant?
7. Warum wurde die Studienbeihilfe in den vergangenen Jahren nicht ausreichend an die Inflation angepasst?
  - a. Plant das Ressort eine automatische Valorisierung?
    - i. Wenn nein, warum nicht?
8. Wie steht das Ressort zur Forderung der Arbeiterkammer Österreich nach einer deutlichen Erhöhung der Studienbeihilfe über die Armutsgefährdungsschwelle?
  - a. Wird diese Forderung unterstützt?
    - i. Wenn nein, warum nicht?
9. Inwiefern stellt das „Fünf-Euro-Mensa-Menü“ aus Sicht des Ressorts eine nachhaltige Entlastungsmaßnahme dar?
  - a. Wie viele Studenten können realistisch davon profitieren?
  - b. Welche Kosten entstehen dem Bund?
10. Wie bewertet das Ressort die Auswirkungen der hohen Erwerbstätigkeit auf die Studiendauer?
  - a. Welche durchschnittlichen Verlängerungen sind feststellbar?
  - b. Welche volkswirtschaftlichen Kosten entstehen dadurch?
11. Welche Verantwortung trägt das Ressort für die steigende finanzielle Unsicherheit unter Studenten?
  - a. Wurden Fehlentwicklungen intern analysiert?
  - b. Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
12. Wie bewertet das Ressort die steigende Abhängigkeit von Erwerbsarbeit als Hauptfinanzierungsquelle für Studenten?
  - a. Ist dies aus Sicht des Ressorts ein gewünschter Zustand?
  - b. Welche Alternativen werden angeboten?
13. Welche konkreten strukturellen Reformen plant das Ressort, um die Situation der Studenten nachhaltig zu verbessern?
  - a. Gibt es einen verbindlichen Zeitplan?
  - b. Welche budgetären Mittel sind dafür vorgesehen?
14. Welche Gesamtkosten entstehen dem Bund aktuell durch studienbezogene Fördermaßnahmen?

- a. Wie haben sich diese in den letzten zehn Jahren entwickelt?
- b. Wie bewertet das Ressort deren Wirksamkeit?

Alte  
neue

Die